

Fehlen im Jahr 2030 rund 45.000 Beschäftigte?

Die Finanzverwaltung soll schneller, attraktiver und moderner werden. Häufig wird dabei auf die Digitalisierung verwiesen. Doch kann eine künstliche Intelligenz die Aufgaben der Finanzverwaltung übernehmen? Und braucht es dann überhaupt noch die Arbeitskraft Mensch?

Beide Fragen sind zu bejahen. In einer Zeit, in der selbst komplexe Vorgänge wie das Lenken eines Fahrzeuges von einer künstlichen Intelligenz übernommen werden können, ist eine Bearbeitung von steuerlichen Sachverhalten denkbar. Allerdings bedarf es hierfür weitreichender Investitionen – Haushaltsmittel, die häufig nicht zur Verfügung stehen. Auch sind der persönliche Kontakt und die Erfahrung von Menschen nicht zu ersetzen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln ein intuitives Gespür für steuerlich relevante Fälle und sind in der Lage, individueller auf Problemstellungen einzugehen. Dagegen können und müssen leichte und standardisierte Aufgaben von künstlicher Intelligenz übernommen werden, denn Deutschland steuert auf einen gravierenden Fachkräftenotstand zu.

Durch die Demografie in Deutschland und wegen der jetzt in Rente gehenden Baby-boomer-Generation werden wichtige Stellen unbesetzt bleiben, da immer weniger Schulabgängerinnen und Schulabgänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Bisher konnte der wachsende Fachkräftemangel noch durch die Anhebung der Altersgrenze für eine mögliche Einstellung in den Staatsdienst abgemildert werden. Inzwischen ist der öffentliche Sektor auf jede Bewerberin und jeden Bewerber angewiesen. Die in der Verfassung vorgesehene Bestenauslese des Art. 33 Abs. 2 GG kommt nur noch selten zur Geltung. Daneben sorgte die Corona-Pandemie bei den Abschlussprüfungen für Durchfallquoten in Rekordhöhe. Gleichzeitig steigen die Fallzahlen und Aufgaben

in der Finanzverwaltung an, und steuerliche Sachverhalte werden durch die Internationalisierung wesentlich komplexer.

Der jüngsten Studie (Juni 2022) der führenden Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Deutschlands, PwC, zufolge, werden dem öffentlichen Sektor im Jahr 2030 voraussichtlich erstmals mehr als eine Million Fachkräfte fehlen. In der Steuerverwaltung ist demzufolge von rund 45.000 fehlenden Beschäftigten auszugehen.

Um sowohl die besten als auch eine ausreichende Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern zu gewinnen, muss die Finanzverwaltung attraktiver werden.

Sollte dies nicht gelingen, kommt es zu weitreichenden Folgen für die Gesellschaft. Schließlich sorgt sie für einen funktionsfähigen Staat, indem sie die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Daher besteht dringender Handlungsbedarf – und zwar jetzt!



„Es geht um nicht weniger als die Frage, ob der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen kann.“

Volker Halsch, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die fehlende Fachkräftezahl entspricht ungefähr der Anzahl der Planstellen in den drei markierten Bundesländern.

Foto: Pixabay/Clker-free-vector-images
(Bearbeitung: Elke Brumm)